

Der nächste Großeinsatz ist garantiert

Hessische Polizei ist mit 1 000 Leuten in Rostock / Gewerkschaft fordert Konsequenzen

WIESBADEN Den Einsatz auch hessischer Polizisten in Rostock und Heiligendamm nimmt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Anlass, mehr Personal zu fordern. Nötig sei vor allem, die Bereitschaftspolizei in ihrer derzeitigen Form zu erhalten.

Von
Christoph Cuntz

„Wir werden immer mehr zur Event-Polizei“, sagt Jörg Bruchmüller, Vorsitzender der GdP in Hessen und zugleich stellvertretender Hauptpersonalratsvorsitzender der hessischen Polizei. Was im vergangenen Jahr die Fußballweltmeisterschaft war, sei derzeit der G 8-Gipfel in Heiligendamm und parallel dazu der Hessentag in Butzbach. Der nächste „Event“ ist schon abzusehen: Die NPD hat für 7. Juli in Frankfurt eine Demonstration mit 1 000 Teilnehmern vom Hauptbahnhof zur Börse und zurück angemeldet. Und im Herbst kommt wohl Russlands Präsident Putin nach Wiesbaden – zum nächsten Großeinsatz für Hessens Polizei.

Die rund 1 000 hessischen Polizisten, die derzeit in Meck-



„Werden immer mehr zur Event-Polizei“: Gewerkschaft fordert mehr Personal.

Foto: dpa

lenburg-Vorpommern ihren Dienst versehen, arbeiten nach Angaben von GdP und hessischem Innenministerium zum überwiegenden Teil für die Bereitschaftspolizei, die in Kassel, Lich, Mühlheim und Wiesbaden stationiert ist. Für Einsätze wie in Rostock oder Heiligendamm „brauchen wir solche Kräfte, die dafür geschult sind und die die Psychologie beherrschen“, so Bruchmüller. Er wendet sich damit gegen Pläne, die Bereitschaftspolizei umzustrukturieren und in die einzelnen Dienststellen zu integrieren. „Dagegen gibt es große Bedenken unsererseits“.

Das Innenministerium bestätigte, die Bereitschaftspolizei solle reformiert werden. Ergebnisse der Überlegungen lägen zwar noch nicht vor. Klar sei

aber, dass es weiterhin Einheiten geben werde, die mit Einsätzen wie dem Gipfeltreffen in Heiligendamm fertig werden, und die für solche Einsätze vorbereitet würden, so Ministeriumssprecher Michael Buffer. Immerhin wurden 31 hessische Polizisten bei den Krawallen in Rostock verletzt.

Einigkeit herrscht bei Ministerium und Gewerkschaft in der Einschätzung der Sicherheitslage in Hessen: Die sei trotz des Abzugs von 1 000 Polizisten stabil. Dies allerdings nach GdP-Darstellung nur deshalb, weil die Beamten in den Polizeipräsidien vermehrt Dienst machen. Dabei sei die Personaldecke dünner geworden, auch wenn Innenminister Volker Bouffier (CDU) dies bestreite, so Bruchmüller. Hes-

senweit seien 968 Stellen abgebaut worden, die Landesregierung habe die Zahl der Polizisten um 360 und die der Mitarbeiter in der Verwaltung gar um 608 Stellen reduziert. In diesem Zusammenhang verweist die Gewerkschaft auf einen Bericht des Landesrechnungshofes. Der kritisiert, dass viele Polizisten Verwaltungstätigkeiten übernehmen müssten, wofür sie nicht ausgebildet seien. Dies entspreche nicht der Zielsetzung der Landesregierung, die Polizei bürgernah einsetzen zu wollen. Die GdP erinnert an Bouffiers Forderung: „Raus aus der Wache – ran an den Täter!“. Und postuliert nun ihrerseits: „Raus aus der Verwaltung – rein in die Polizeistationen und -reviere“. Ministeriumssprecher Bu-

ßer sagte, er könne die Kritik des Landesrechnungshofes nicht nachvollziehen. Hessen habe die Verwaltungsarbeit durch den Einsatz von Computern vereinfacht und sei auf diesem Gebiet bundesweit Vorreiter. Ferner sei nachweisbar, dass es heute unter dem Strich mehr Polizisten in Hessen gebe als noch 2002.

Demgegenüber haben die Polizisten nach GdP-Angaben trotz einer 42 Stundenwoche zwei Millionen Überstunden angehäuft. „Das ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass Personal fehlt“, so Bruchmüller. „Der Unmut in der Mannschaft ist groß“. Es gebe schon Ehefrauen, die bei den Dienststellen anriefen und sich über die zunehmende Unplanbarkeit des Privatlebens beschwerten.



Jörg Bruchmüller, GdP-Vorsitzender in Hessen. Foto: Archiv